

Konsultation zur Novellierung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) vom 12.10.2021

Stellungnahme der Sektion Innovation und Technologie des Österreichischen Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) zu den F&E-relevanten Teilen der AGVO.

- **Begriffsdefinitionen in RN 85 und RN 86**

Die explizite Einbeziehung der Erforschung digitaler Technologien wird begrüßt. Die einseitige, beispielhafte Nennung einzelner Technologien in den Definitionen „Industrieller Forschung“ (RN 85) sowie „Experimenteller Entwicklung“ (RN 86) wird jedoch kritisch gesehen. Es gibt auch weitere Technologiefelder, die in rezenten Studien der EK (ua „Re-Finding Industry (2018)“ bzw. „Future technology for prosperity (2019)“) erfasst wurden.

- **Unternehmen in Schwierigkeiten (Artikel 2):**

Die Erweiterung der Definition in Artikel 2 Nummer 18, Buchstaben a) und b) im Kontext mit Art. 21 (Risikofinanzierung) wird begrüßt. Dies stellt aber keine wirkliche Lösung für F&E-intensive KMUs dar, die ihr Eigenkapital zur Erforschung und Entwicklung neuer Produkte und den Schutz geistigen Eigentums verwenden und bei Verlusten von mehr als der Hälfte des Stammkapitals von F&E-Beihilfen ausgeschlossen sind. Wir wiederholen daher unsere Forderung eine Ausnahme für F&E-Beihilfen an innovative KMUs in der AGVO aufzunehmen. Jedenfalls wäre eine Verlängerung der bis 31.12.2021 geltenden Ausnahmebestimmung für Unternehmen, die während der Pandemie (zwischen 1.1.2020 und 31.12.2021) in Schwierigkeiten geraten sind, vorzusehen.

- **Veröffentlichungspflichten in Artikel 9:** Die Herabsetzung der Informationspflichten zu Einzelbeihilfen von € 500.000,- auf € 100.000,- bringt einen beträchtlichen bürokratischen Mehraufwand für die Förderungsstellen ohne entsprechenden Mehrwert, da eine Marktverzerrung durch Beihilfen in dieser Größenordnung nicht plausibel ist.

- **Vereinfachte Kostenoption für indirekte F&E-Projektkosten in Art. 25:**

Der Ansatz einer vereinfachten Kostenoption stellt im Hinblick auf Vereinfachungen und Sicherheit über die Höhe der Förderung einen sehr begrüßenswerten Vorschlag dar. Allerdings wird vorgeschlagen bei der Festlegung der Intensität eine Orientierung an den Aufschlägen im Rahmenprogramm Horizon Europe genommen werden, um eine höhere Kohärenz der Systeme (insbesondere bei Co-Finanzierung wie zB Institutionalisierten Partnerschaften) zu erreichen. Im Sinne einer Vereinfachung und Gleichbehandlung der Beihilfempfänger sollten idente Abrechnungsregelungen angewendet werden können. Wie aus Erfahrungswerten bekannt, sind die indirekten Kosten von F&E-Projekten in der Regel höher als 25% und somit liegt keine Überkompensation vor.

- **Neuer Beihilfetatbestand Erprobungs- und Versuchsinfrastruktur bzw. Technologieinfrastruktur (Art. 26a):**

Die Einführung dieses neuen Tatbestands wird sehr unterstützt, da gerade in der anwendungsnahen Forschung die Definition in Art. 26 nicht dem Bedarf entspricht (z.B. für Pilotfabriken, Testzentren etc.). Aus diesem Grund hat die Generaldirektion Forschung bereits

vor drei Jahren ein Dokument über den Bedarf dieses neuen Beihilfetatbestands für Technologieinfrastrukturen mit Anwendungsbeispielen veröffentlicht. Allerdings sehen wir auch hier die vorgeschlagene Beihilfeintensität als viel zu niedrig an. Im Entwurf für den Unionsrahmen für F&E&I vom April 2021 war noch eine Intensität von 35% vorgeschlagen, wir haben damals eine Angleichung an die Intensität von Art. 26 bzw. Art. 27 vorgeschlagen, die Beihilfeintensität von 25% ist für Technologieinfrastrukturen, die breit genutzt werden sollen, keinesfalls ausreichend. Bei der Festlegung der maximalen Beihilfeintensität sollte eine Orientierung an der Beihilfeintensität des Innovationsclusters genommen werden. Eine mögliche Überkompensation wird ohnehin in Art. 26a (3) adressiert. Es wird auf die von der EK im Programm Digital vorgesehene Co-Finanzierung von sog. „Testing and Experimentation Facilities“ hingewiesen, die von MS eine 50% Finanzierung vorsieht, womit gemeinsam mit Unionsmitteln die Einrichtungen und deren Dienste zu 100% gefördert werden sollen. Auch im Hinblick auf potenzielle Projekte in Zusammenhang mit IPCEI-Vorhaben, die auf Basis der AGVO gefördert werden könnten, ist der vorgeschlagene Prozentsatz kritisch zu sehen, da bei IPCEI-geförderten Projekten eine höhere Beihilfeintensität möglich ist und somit für Unternehmen eine gröbere Diskrepanz der Beihilfeintensität je nach Fördermöglichkeit bestünde.

- **Innovationscluster (Art. 27)**

Die Klarstellung wird sehr begrüßt, wonach *„In Fällen, in denen der Clusterbetreiber auch Eigentümer des Clusters und/oder Nutzer des Clusters ist, und in Fällen, in denen es sich beim Clusterbetreiber um ein Konsortium von Akteuren ohne eigene Rechtspersönlichkeit handelt, wird über die Finanzierung, die Kosten und die Erlöse der Tätigkeiten als Clusterbetreiber nach einheitlich angewandten und sachlich zu rechtfertigenden Kostenrechnungsgrundsätzen getrennt von allen anderen Arten von Tätigkeiten derselben juristischen Person Buch geführt.“* Demnach ist auch die Option zulässig, dass Betreiber und Nutzer des Clusters eine idente Rechtsperson haben dürfen. Das ist aus unserer Erfahrung eine wesentliche Erleichterung für die Betreiber, die häufig außeruniversitäre Forschungseinrichtungen oder Universitätsinstitute sind.